

Rede von Reinhard Paß
Oberbürgermeister der Stadt Essen



STADT
ESSEN

Fachtagung „Wege aus der Kommunalverschuldung“
am Freitag, 19. Februar 2010, 10.00 Uhr, Messe Essen

Es gilt das gesprochene Wort

Sperrfrist: 13.30 Uhr

Sehr verehrte Städtetagspräsidentin Roth,
sehr geehrter Staatssekretär Dr. Brauksiepe,
liebe Kolleginnen und Kollegen Oberbürgermeister und Landräte,
meine Damen und Herren,

ich heiße Sie herzlich hier in Essen willkommen – auch wenn ich mir
wahrlich einen freudigeren Anlass und ein unterhaltsameres
Programm für ein solches Zusammentreffen gewünscht hätte.

„**Städte stehen vor dem Kollaps**“ – so titelte vor vierzehn Tagen die
Süddeutsche Zeitung. Darin war zu lesen, dass die deutschen Städte
und Gemeinden in diesem Jahr das größte Defizit seit Bestehen der
Bundesrepublik zu verzeichnen haben werden. Das betrifft einige
Kommunen mehr, andere weniger und ganz wenige gar nicht.

Aber auf uns – die Städte des Ruhrgebiets und des bergischen
Städtedreiecks – trifft die Headline der Süddeutschen ganz besonders
zu. Und genau aus diesem Grunde sind wir heute hier
zusammengekommen, um nach „Wegen aus der
Kommunalverschuldung“ zu suchen.

Denn: Vor allem die im Aktionsbündnis „Raus aus den Schulden“ zusammengeschlossenen Städte haben unter der strukturellen Schieflage der kommunalen Finanzen zu leiden: Hier leben 5,9% der Einwohner aller deutschen Städte und Gemeinden – die Stadtstaaten ausgenommen – gleichzeitig haben wir jedoch 32,9 % der bundesweiten kommunalen Kassenkredite zu verbuchen.

Diese Dimension macht deutlich: Es geht bei der Diskussion, die wir heute führen, um ein strukturelles Problem:

Die Kommunen haben in den vergangenen Jahren immer mehr gesetzliche Aufgaben und die damit verbundenen Kosten durch landes- und bundespolitische Entscheidungen auferlegt bekommen – ohne dass im Gegenzug ein auch nur annähernd auskömmlicher finanzieller Ausgleich geschaffen wurde.

Gleichzeitig haben verschiedenste landes- und bundespolitische Entscheidungen – ich nenne hier stellvertretend nur das zum Jahresbeginn in Kraft getretene Wachstumsbeschleunigungsgesetz – dazu geführt, dass sich die Finanzausstattung der Kommunen dramatisch verschlechtert hat und die Aussicht auf weitere Steuerentlastungen, die dann natürlich auch die Kommunen mit schultern müssen, sind ja noch in der Pipeline von Herrn Westerwelle und Frau Merkel.

Damit muss Schluss sein:

Warum? Dazu drei Beispiele:

Wegen der strukturellen Unterfinanzierung der Kommunen können wir unsere Kinder und Jugendlichen immer weniger so fördern, wie es angemessen und gesamtgesellschaftlich zwingend notwendig ist. Man muss nur in eine Kindertagesstätte in einem problematischen Stadtteil schauen, um dort vor Ort zu erfahren, wie wichtig eine gute frühkindliche Bildung für den weiteren Lebensweg der heranwachsenden Generation und damit für unsere gesamte Gesellschaft ist. Alles, was wir hier heute nicht in die Bildung unseres Nachwuchses investieren können, wird uns später doppelt und dreifach einholen: finanziell und gesellschaftlich!.

Es geht außerdem um die Infrastruktur unserer Städte, die eine fortwährende Abwärtsspirale nicht verträgt. Hier leben Menschen, die einen Anspruch darauf haben, dass ihr Umfeld, ihre Stadtteile und ihre Stadt auch lebenswert bleiben. Es geht um Stadtentwicklung im weitesten Sinn, um wirtschaftliche Entwicklung, um Infrastruktur für Arbeitsplätze und anderes mehr. Für diese Aufgaben braucht eine Kommune Geld, Geld, das wir nicht mehr haben.

Und es geht um Mitarbeiter der kommunalen Verwaltungen - insbesondere die jungen Menschen, die erfolgreich eine Ausbildung in den Kommunen absolviert haben aber bald auf der Straße stehen könnten und dann möglicherweise keine Perspektive mehr haben, obwohl Nachwuchs in den Verwaltungen perspektivisch dringend gebraucht würde.

Wie verzweifelt einige unserer Auszubildenden sind, die kurz vor dem Abschluss stehen und jetzt erfahren müssen, dass ihre Übernahme

nach der Ausbildung trotz hervorragenden Leistungen nicht möglich ist, habe ich gestern erlebt, als ich die Abschlussklassen unserer Verwaltungsauszubildenden und der Beamtenanwärter im Unterricht besucht habe.

Diese jungen Menschen, die im Vertrauen auf die öffentliche Hand eine Verwaltungsausbildung bei der Stadt Essen begonnen haben, stellen nun fest, dass ihre Ausbildung sie im Wesentlichen nur für einen schrumpfenden Arbeitsmarkt, nämlich den der öffentlichen Verwaltungen befähigt.

ANREDE: Für mich als Oberbürgermeister ist es ein ganz unangenehmes Gefühl, diesen jungen Menschen sagen zu müssen, dass wegen der drohenden Überschuldung der Stadt Essen unsere Aufsichtsbehörde eine Übernahme in ein Arbeitsverhältnis nach Abschluss ihrer Ausbildung untersagt.

Wir dürfen es doch nicht zulassen, dass diese jungen Leute trotz toller Leistungen die Perspektive verlieren.

Zurzeit ist die finanzielle Decke, mit der die Kommunen ausgestattet sind, einfach zu kurz - egal wie man sie zieht, dreht oder legt. Wenn das weiterhin so bleibt, wird die in Artikel 28 Absatz 2 des Grundgesetzes festgeschriebene „kommunale Selbstverwaltung“ für das Ruhrgebiet und das bergische Städtedreieck über kurz oder lang nicht mehr gelten. Ich bin überzeugt, das ist nicht im Sinne von Landes- und Bundesregierung.

Die Frage ist: Warum wird auf diesen Ebenen immer noch nicht im Sinne der Städte entschieden? Ich weiß es nicht. Vielleicht ist es

einfach nur schöner, auf Bundes- und Landesebene sich nett anhörende Gesetze wie „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ zu beschließen, weil man weiß, die Folgen des Tuns tragen auch andere Ebenen. Aber vielleicht weiß man im Land und im Bund auch gar nicht um die Situation der Kommunen?

Liebe Vertreter der Landes- und der Bundesregierung, nutzen sie heute die Chance, sich aus erster Hand über die wirkliche Situation der Städte zu informieren und lassen Sie uns gemeinsam an vernünftigen und zukunftsfähigen Lösungen arbeiten, die hier und heute angedacht und diskutiert werden.

Damit will ich uns – als Verantwortliche in den Kommunen – nicht aus der Pflicht nehmen. Auch wir müssen unsere Hausaufgaben machen und nach Potenzialen suchen, wie wir beispielsweise die Verwaltung effizienter aufstellen können, wo gespart werden kann, wie zusätzliche Einnahmen generiert werden können oder Synergieeffekte beispielsweise durch interkommunale Zusammenarbeit erzielt werden können – alles, um die kommunale Selbstverwaltung zu erhalten.

Wie schwierig und schmerzhaft dieser Prozess sein kann, erleben wir hier in Essen zurzeit hautnah. Hier versuchen wir die drohende Überschuldung mit einem rigiden Sparkurs noch aufzuhalten – allein in 2010 müssen wir 110 Millionen Euro gegenüber den aus den Fachbereichen angemeldeten Bedarf einsparen. Auch in den Folgejahren stehen harte, weitere Einsparungen an. Auf diesem Weg müssen wir alle – Verwaltung, Politik und auch die Menschen in unserer Stadt – damit leben an Stellen zu sparen, die wir bisher für unablässig erachtet haben, die als Tabu gelten.

Und es ist wirklich paradox: Wir müssen extrem sparen, damit die vorhin erwähnten jungen Menschen eine Chance auf einen Arbeitsplatz nach ihrer Ausbildung haben und wir müssen extrem sparen, damit wir mit unserer Vorort Kenntnis die geeigneten Maßnahmen für frühkindliche Erziehung durchführen können.

Wir wissen, sparen muss sein, aber sparen wird nicht reichen!

Denn die Folgen sind für mich – und da denke ich auch für meine Kolleginnen und Kollegen Oberbürgermeister und Bürgermeister sprechen zu können - an vielen Stellen unerträglich und dürfen einfach kein Dauerzustand werden.

ANREDE

Wir brauchen eine verlässliche auskömmliche Finanzausstattung und eine Regelung für die Altschulden.

Deshalb ist die gute Zusammenarbeit im Aktionsbündnis „Raus aus den Schulden“ überaus sinnvoll und ich freue mich darüber, dass wir heute zusammengekommen sind, um konstruktive Lösungsansätze zu entwickeln, um den von der Süddeutschen Zeitung prophezeiten endgültigen Kollaps der Städte in unserer Region zu verhindern.

In diesem Sinne hoffe ich auf gute und intensive Gespräche und Diskussionen. Und ich schließe mit einem herzlichen Glückauf!